

WIR

Wissenswertes aus dem

INTEGRATIONS RAT



Nr. 5

Juli/Aug. 2011

Menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerbern (Offener Brief)

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Bauer,

der Presse und den Ausschussunterlagen der Stadt Nürnberg konnten wir entnehmen, dass eine große Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber/innen seitens der Regierung von Mittelfranken in Gostenhof Ost geplant ist.

Als Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung müssen wir an dieser Stelle festhalten, dass wir grundsätzlich den längeren Unterbringungsmaßnahmen von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften kritisch entgegen stehen. Solange jedoch gesetzlich, politisch sowie auch tatsächlich keine anderen Möglichkeiten der Unterbringung von Menschen in Bayern bekannt sind, müssen Sie die Kapazitäten der Aufnahmen erhöhen. Wir freuen uns darüber, dass Sie dies auch tun. Es ist jedoch schade, dass die Stadt Nürnberg über eine derartige wichtige Entscheidung, eine Einrichtung in Nürnberg zu eröffnen, nicht vorher informiert wurde. Damit schafft man kritische Stimmungen, die anders und ggf. besser im Vorfeld gelöst werden könnten.

Wir freuen uns über die Wahl des Standortes in Nürnberg, denn mit der Verortung Gostenhof sind die Menschen an die Infrastruktur der Stadt und die Beratungsdienste angebunden, jedoch stehen wir der Anzahl der Plätze, die wohl geplant sind, kritisch gegenüber. Wir hoffen, dass die Pläne nochmals überdacht werden können und eine Einrichtung mit weniger Kapazitäten für diesen Standort überlegt wird.

Außerdem möchten wir darauf hinweisen, dass für uns die Qualität der Unterbringung eine wichtige Rolle spielt. Wir bitten Sie, bei der Auswahl der vorhandenen Immobilien möglichst auch auf die Wünsche des Integrationsrates bezüglich der

Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte Rücksicht zu nehmen. Die Unterbringung in den Unterkünften soll menschenwürdig sein. Das beinhaltet aus unserer Sicht folgende Punkte:

1. Pro Person sollen mind. 10 qm Wohnraum zur Verfügung gestellt werden, um menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und die Privatsphäre zu schützen.
2. Es sollen genügend Sanitärräume vorhanden sein (max. 4 Personen pro Sanitäreinrichtung, für Familien mit Kindern – eigene Sanitäreinrichtungen mit Dusche)
3. Es sollen ausreichend Küchengeräte vorhanden sein (für Familien sollten in die Zimmer eingebaute Essenszeilen überlegt werden)
4. Das in den Gemeinschaftsunterkünften (GU) eingesetzte Personal (v.a. Hausmeister) soll in persönlichen (sozialen) und fachlichen (interkulturellen) Kompetenzen durch entsprechende Schulungen qualifiziert werden.
5. Ein Hygienepaket für jeden Erwachsenen soll - unabhängig vom Geschlecht -Verhütungsmittel zum Schutz vor Geschlechtskrankheiten beinhalten.
6. Es soll überprüft werden, ob anstelle von Essenspaketen Guthabekarten eingeführt werden können, die zu einem Lebensmitteleinkauf in einem umliegenden Laden berechtigen.
7. Es soll sichergestellt werden, dass die GU von den Migrationssozialdiensten der Wohlfahrtsverbände entsprechend betreut wird, die Zuschüsse des Landes Bayern für die Sozialbetreuung müssen erhöht werden.
8. Das Kleidungsgeld soll bar ausbezahlt werden, um einen Einkauf in unterschiedlichen Läden zu ermöglichen.

Bei Unterkunft für Familien:

1. Es sollen für die Kinder Hausaufgaben- und Spielräume eingerichtet und entsprechend betreut werden.
2. Familien mit Kindern sollen in mind. 2 Wohnräumen untergebracht werden, um das getrennte Schlafen von Kindern und Eltern zu gewährleisten.

Es sollen eigenständige Wohnmöglichkeiten für alleinstehende Frauen mit qualifiziertem weiblichem Personal gesichert werden.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Ideen bei der weiteren Planung berücksichtigen und uns bei den weiteren Planungen als Berater mit einbeziehen würden.

Einstimmiger Beschluss, Antragstellerin: Diana Liberova

Forderungen zum Haushalt 2012

Der Integrationsrat stellte für die Beratungen des Haushaltes 2012 die folgenden Forderungen auf:

- Stellenschaffung beim Integrationsrat wegen Ausweitung des Aufgaben- und Zuständigkeitsbereichs, vermehrte Aktivitäten der Ehrenamtlichen (höherer Organisationsaufwand) und vermehrter Publikumskontakt (Ratsuchende) in der Geschäftsstelle;
- Erhöhung der Fördermittel für Zuschüsse im Bereich „Förderung der sprachlichen und schulischen Integration“, insbesondere für niedrigschwellige Integrationsangebote der interkulturellen Vereine und Institutionen;
- Stellenschaffung und Mittel für „Elternlotsen für schulische Bildung“, insbesondere für Koordination, Unterstützung und Weiterqualifizierung der Elternlotsen zur Verbesserung der Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund; die ehrenamtlichen Lotsen sollen eine Entschädigung erhalten;
- Schaffung einer Stelle für interkulturelle Pädagogik beim Pädagogischen Institut mit dem Ziel der nachhaltigen Absicherung der interkulturellen Arbeit und der Fortbildungsmaßnahmen („Diversity Management“ und „Inklusion“) sowie Unterstützung von Schulprojekten zur Förderung der Schüler mit Migrationshintergrund;
- Zuschussmittel für schulische Integrationsprojekte mit dem Ziel der Erhöhung der Übertrittquoten an Realschulen und Gymnasien (insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund), Verbesserung der sprachlichen und mathematischen Kompetenzen, Vergrößerung der Abschlussquoten an den Hauptschulen u.ä.;

- Ausbau der Kindertagesstätten (KiTa) durch Bau von KiTa's in Stadtteilen mit einem hohen Bedarf; eine 100prozentige Versorgungsquote soll zeitnah verwirklicht werden (ein besonderer Bedarf besteht in den Regionen Süd, Südwest und West, in denen auch viele Menschen mit Migrationshintergrund leben);
- Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS); eine flächendeckende Versorgung der Schulen ist anzustreben, insbesondere in Stadtteilen mit einem besonderen Förderbedarf;
- Weiterer Ausbau der Berufsfachschulklassen solange nicht genügend Ausbildungsplätze im Dualen System zur Verfügung stehen;
- Einrichtung eines Internationalen Kulturhauses, damit interkulturell orientierte Vereine ein günstiges Raumangebot für ihre soziale und integrative Arbeit erhalten.

Einstimmiger Beschluss, Antragstellerin: Diana Liberova

Integration durch Sport

Der Integrationsrat bittet SportService Nürnberg bei der Überarbeitung der Sportförderrichtlinien die Überlegungen einer Mindestmitgliederzahl von 200 Personen für die zukünftige Förderung nicht weiter zu verfolgen. Auch Sportvereine mit weniger als 200 Mitgliedern sollten nicht aus der Förderung ausgeschlossen werden, wenn diese Vereine eine besondere Integrationsleistung für Zuwanderinnen und Zuwanderer erbringen. Um die Diskussion darüber zu führen, fordert der Integrationsrat einen Bericht über "Integration durch Sport" zu erstellen.

In der Begründung heißt es: SportService stellt Überlegungen an, ab 2018 nur noch Sportvereine mit mindestens 200 Mitglieder zu fördern (Ausnahme Sportvereine ab 100 Mitglieder mit einem hohen Jugendanteil). Durch diese Änderung der Förderrichtlinien wären einige Sportvereine mit vielen Mitgliedern mit Migrationshintergrund betroffen. Sport ist ein Mittel der Integration und sollte auch entsprechend gefördert werden. Entscheidend ist nicht die Anzahl der Mitglieder, sondern der Beitrag zur Integration.

Einstimmiger Beschluss, Antragstellerin: Andja Skojo

Interkultureller Preis 2011 für Filmemacher

Der diesjährige Interkulturelle Preis des Integrationsrates geht an die Filmemacher Gülseren Suzan und Jochen Menzel. Oberbürgermeister Dr. Maly, die Jurymitglieder und der Integrationsrat werden den Preis am 11. Okt. überreichen (siehe Programmheft der Interkulturellen Wochen).

Mit dem Preis wird das jahrelange Engagement der Filmemacher für die interkulturelle Verständigung gewürdigt.

50 Jahre nach dem Anwerbeabkommen von ausländischen Arbeitnehmern zwischen Deutschland und der Türkei erzählen die beiden Künstler von der Vielfalt der Lebensentwürfe der Zuwanderer und zeigen ein poetisches Bild der Menschen, die es im Alltag oft nicht leicht haben.

Personalie

Sevim Coşkun ist seit Mitte Juli 2011 die neue Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit in der Geschäftsstelle des Integrationsrates.

Terminhinweise:

- Sitzung des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates:
20.09.11, 17:30 Uhr, Internationales Haus Nbg.
- Sitzung der Integrationskommission:
22.09.11, 15:00 Uhr, Rathaus Nbg.
- Eröffnung der Interkulturellen Wochen
23.09.11, 19:00 Uhr, Villa Leon
- Sitzung des Integrationsrates:
18.10.11, 16 Uhr, Rathaus Nbg.

Impressum:

Geschäftsstelle des Integrationsrates,
Internationales Haus im Heilig-Geist-Haus,
Hans-Sachs-Platz 2, 90403 Nürnberg,
Tel. 0911/231-3185, Fax 0911/231-8516

E-Mail: integrationsrat@stadt.nuernberg.de,

Internet: www.integrationsrat.nuernberg.de

Redaktion:

Diana Liberova, Horst Göbbel, Friedrich Popp

V.i.S.d.P.:

Diana Liberova, Hans-Sachs-Platz 2, 90403
Nürnberg